

# Tabak-Arbeiter

Nr 12 / Bremen, den 24. März 1928

Organ des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes

Der Tabak-Arbeiter erscheint wöchentlich und ist durch alle Postanstalten zu beziehen. Monatlicher Bezugspreis 40 A ohne Fringerlohn. Gläubigkeits- und Lebensangelegenheiten sowie Arbeitsangelegenheiten: Expedition des „Tabak-Arbeiter“. Andere Inserate und Reklamen: Anzeigen-Verwaltung für die Beamten- und Gewerkschafts-Zeitschriften, Berlin SW 11, Königgrätzer Str. 97. Verlag: Deutscher Tabakarbeiter-Verband, Karl Deichmann, Bremen, Redaktionsstraße Montag abend. Druck: Bremer Buchdruckerei u. Verlagsanstalt S. H. Schmalzfeldt & Co.

Verbandsvorstand, Redaktion und Expedition: Bremen, An der Wiede 20., Telefon: Amt Domsheide 20780. Geld- und Einschreibendungen an Johannes Krahn, Postfach 6546 beim Postfachamt Hamburg. Bankkonto: Bankabteilung der Großhandelsbankgesellschaft deutscher Kontowert: m. b. H., Hamburg und Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A.-G., Altona Bremen. Verbandsvorsitzender: Karl Deichmann Bremen. Verbandsauschussvorsitzender: E. Schöner, Hamburg, Defenbacherhof 57, Zimmer 45-48.

## Die Krise der Landwirtschaft

Von Robert Schmidt, M. d. R.

Die Klagen der Landwirtschaft über die Unhaltbarkeit der gegenwärtigen Zustände machen sich in den letzten Wochen in stürmischen Kundgebungen innerhalb und außerhalb des Parlaments in einer kräftigen Tonart Luft. Es wäre verfehlt, an den Beschwerden dieser großen Berufsschicht vorüberzugehen und fürchtet, sie nur als Uebertreibung zu werten. Gewiß kommen auch Uebertreibungen vor, und die Agitation des Reichslandbundes, der mehr eine politische Propagandagesellschaft der Deutschnationalen und Völkischen ist, dient nicht gerade dazu, der wirtschaftlichen Lage der Landwirtschaft die einwandfreie Grundlage zu geben. Die Landwirtschaft machte eine schwere Krise durch, und der Ausgang des Ringens um eine gesicherte Existenz ist vom allgemeinen volkswirtschaftlichen Standpunkt von großer Bedeutung. Auch die Industriearbeiterschaft, die oft in einem gewissen Gegensatz zu den Forderungen der Landwirtschaft, oder sagen wir zu denen des Reichslandbundes, kommt, kann nicht achtlos an dieser Erscheinung vorbeigehen.

Was will die Landwirtschaft? Sie klagt über eine starke Verschuldung, die untragbar wird, weil weder Zurückzahlung noch Verzinsung aus dem Betriebe herauszuholen ist. Man verlangt deshalb Staatshilfen, um die Schulden zu tilgen, laufende Verpflichtungen in Hypotheken umzuwandeln oder die Verzinsung herabzusetzen. Daneben fordert man erhöhte Preise für landwirtschaftliche Produkte, und zwar herbeigeführt durch erhöhte Zölle. Schließlich wird auf den Mangel an landwirtschaftlichen Arbeitern hingewiesen.

Die Verschuldung der Landwirtschaft nahm ihren unheilvollen Lauf nach der Inflationsperiode. Man gelangte zwar zu einer Minderung der Hypothekenbelastung auf ein Viertel des bisherigen Bestandes, d. h., alle flüssigen Gelder, die für die Fortführung eines Betriebes erforderlich sind. Die Industrie, der es nicht besser ging, hat sich leichter über diese Krise hinweggeholfen. Die Aktiengesellschaften haben ihr Aktienkapital zusammengelegt, durch Anleihen im In- und Auslande Betriebskapital flüssig gemacht. Bei den gewerblichen Unternehmungen konnte also in kurzer Zeit eine gewisse Gesundung festgestellt werden.

Für die Landwirtschaft ist dieser Prozeß härter, hier ist der Besitz eng mit der Person verbunden. Ein Zusammenbruch dieses Besitzes, ein Aufgeben des seit Generationen von Familie zu Familie vererbten Besitzes löst eine Stimmung der Verweigerung aus. Man konnte deshalb auch nicht im Zweifel sein, daß aus öffentlichen Mitteln hier Hilfe geleistet werden mußte. Das Reich und die Länder haben sich bemüht, durch umfangreiche Kredite und Umwandlung der Kredite in Hypothekenschuld helfend einzugreifen. Aber es war unmöglich, diese enormen Anforderungen im Hinblick auf die Lage des Geldmarktes und den Stand der Finanzen des Reiches und der Länder zu befriedigen. Eigentlich ist es nicht richtig, von einer hohen Verschuldung der Landwirtschaft zu reden, sie ist zahlenmäßig gering im Vergleich zur Zeit vor dem Kriege. Das Institut für Konjunkturforschung berechnet die Verschuldung der Landwirtschaft vor dem Kriege auf 14,7 Milliarden Mark. Bei einer Verzinsung von 4,5 v. H. wäre das eine Belastung von 661,5 Millionen Mark. Ende Juni 1927 sind die Gesamtschulden auf 8,4 Milliarden Mark geschätzt, die, wie schon bemerkt, um drei Viertel der Hypothekenschulden durch die Streichung bei der Aufwertung ermäßigt wurden. Die Verzinsung der nun vorhandenen Schuld wird 570 Millionen Mark betragen, dazu kommen 100 Millionen Mark Zinsen der Ren-

tenbankgrundschuld, die von der Landwirtschaft bei der Stabilisierung der Mark übernommen wurde, so daß insgesamt eine Zinsbelastung von 670 Millionen Mark vorliegt, die sich wohl im verflochtenen Halbjahr noch etwas erhöhte. Der Enqueteausschuß hat nun festgestellt, daß eine übermäßige Verschuldung nahezu restlos dem Großgrundbesitz in Ostpreußen, Pommern und Schlesien betrifft. Ungefähr die Hälfte der Betriebe ist nur bis zu 30 v. H. des Einheitswertes und ein Drittel mit 30 bis 60 v. H. belastet. Daraus ergibt sich, daß eine relativ kleine Zahl von Betrieben überschuldet ist, vor allem eine Anzahl Großbetriebe, für die eine Gesundung nicht mehr möglich ist. Der Reichstag hat deshalb auch mit Zustimmung der Deutschnationalen der Regierung empfohlen, den Verkauf solcher Betriebe vorzunehmen und soweit als möglich der bäuerlichen Siedlung dienstbar zu machen. Das ist die Krise des Großgrundbesitzes, die in ihrer Auswirkung nicht zu überschätzen ist und einen tiefen Eingriff in die Agrarverhältnisse hervorrufen muß. Damit ist nicht gesagt, daß nicht auch bei einigen Klein- und Mittelbetrieben vor allem durch die hohe Zinslast eine Notlage eingetreten ist. Die Zinslast ist der springende Punkt, nicht die Verschuldung selbst.

Nun die Preise der landwirtschaftlichen Produkte. Sind die Preise so niedrig, daß die Landwirtschaft nicht bestehen kann? Die Preise sind im gleichen Verhältnis wie die Industrieerzeugnisse gestiegen, nur machen die Viehpreise und hier wiederum die Schweinepreise eine Ausnahme. Die städtische Bevölkerung merkt allerdings bei den Fleischpreisen nicht allzuviel von den niederen Viehpreisen, aber Tatsache ist, der Landwirt bekommt für seine Schweine einen Preis, der die Produktionskosten nicht deckt. Ein Zustand, der unhaltbar ist. Die Sozialdemokratische Partei hat sich dieser Erkenntnis nicht verschlossen. Sie hat in ihrem Antrag im Reichstag zum Ausdruck gebracht, daß im Handel die Zwischenstufen zwischen Erzeuger und Kleinhandel verringert werden müssen und hält die genossenschaftliche Organisation als ein wichtiges Hilfsmittel. Herr Schiele, der Minister für Ernährung und Landwirtschaft, verlangt 30 Millionen Mark, um auf den Viehmarkt und Viehhandel Einfluss im Sinne einer gleichmäßigen Preisgestaltung auszuüben. Wie das geschehen soll, ist noch unklar. Die Sozialdemokratische Partei hat wiederholt darauf hingewiesen, wie notwendig für die Landwirtschaft eigene Genossenschaften zur Verwertung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse sind. Die Landwirtschaft muß hier selbst die Initiative ergreifen, und für diese Aufgabe läßt sich auch eine Unterstützung aus öffentlichen Mitteln befürworten, nur muß über das Wie eine Kontrolle und volle Klarheit bestehen.

Ganz verfehlt ist eine Zollerhöhung für Vieh. Sie kann natürlich vorübergehend die Preise im Inland heben. Wenn es aber richtig ist, daß wir aus unseren Viehbeständen den Fleischbedarf der Bevölkerung in Deutschland selbst decken können, dann ist der Inlandspreis nicht mehr vom Zoll abhängig, es muß vielmehr ein überstarkes Angebot aus der heimischen Viehzucht zur Senkung der Preise führen. Wir müssen durch billige Futtermittel die Produktionskosten vermindern. Das aber kann nur geschehen durch Aufheben der Futtermittelzölle. Die Sozialdemokratische Partei hat sich der Einsicht nicht verschlossen, daß eine Ausfuhr von Schweinefleisch (Schinken und Speck) im Interesse der Landwirtschaft zu begrüßen ist, und sie hat für die Ausfuhr das System der Einfuhrscheine in Vorschlag gebracht. Allerdings mit der Begrenzung, daß einem bestimmten Quantum Fleisch entsprechend Futtermittel (Gerste,

Malts) zollfrei eingeführt werden. Da wir in Deutschland noch für absehbare Zeit Futtermittel einführen müssen, wird durch eine Verbilligung von Gerste und Mais dem kleinen Landwirt in der Schweineaufzucht am besten geholfen. Gar nicht ist ihm durch die Herabsetzung der Menge der Gefrierfleischzufuhr gedient. Nimmt man den Minderbemittelten die Möglichkeit, billiges Gefrierfleisch zu kaufen, so wird dieser Teil der Konsumenten nicht zum Kauf von Frischfleisch übergehen können, er wird auf den Genuß von Fleisch in der Regel verzichten müssen. Die in dieser Beziehung vorgesehene Maßnahme der Regierung schädigt nur große Schichten der Arbeiterschaft und bringt dem Landwirt keinen Nutzen.

Nicht mit Unrecht wird von den Landwirten die gesteigerte Einfuhr von Molkeerzeugnissen unangenehm empfunden. Im Jahre 1913 verzeichneten wir an Butter eine Einfuhr von 542 390 Doppelzentnern, im Jahre 1927 haben wir 1 082 657 Doppelzentner eingeführt. Wie ist diese Zunahme der Einfuhr zu erklären? Die dänischen und holländischen Molkeerzeugnisse sind den deutschen weit überlegen, und so kommt es, daß dänische und holländische Butter in Deutschland einen höheren Preis verlangte. Dagegen helfen keine Zollerhöhungen, denn die Leute, die heute schon höhere Preise für bessere Qualität bezahlen können, werden die weiteren Preissteigerungen durch Zölle nicht schrecken. Für die deutsche Landwirtschaft ist das Problem: Wie können wir durch eine gleich gute Qualität die Konkurrenz aus dem Felde schlagen?

Es gibt nur ein Ziel, das zu erreichen für die Landwirtschaft von entscheidender Bedeutung ist: Qualitätsverbesserung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse, die jeder Auslandskonkurrenz gewachsen ist, und Steigerung der Produktion durch rationelle und intensive Betriebsweise. Ferner muß die Landwirtschaft aus eigenem Antrieb zu dem Ausbau der genossenschaftlichen Organisation kommen. Die Errichtung von Musterwirtschaften kann dazu beitragen, sich von der alten Betriebsweise loszusagen. Andernfalls bleiben alle Hilfsmittel nahezu unwirksam. Welchen Wert die technische Schulung der Landwirte hat, dafür liefert der Direktor der Technischen Schule in Uskar, Dr. Ruch, in den Mitteilungen des Reichsbundes akademisch gebildeter Landwirte ein treffendes Beispiel. Er stellt die Leistungen der Betriebe, nachdem der Besitzer die landwirtschaftliche Schule besucht hat, im Vergleich zu den Ergebnissen vorher. Der Betrag pro Morgen betrug:

	vor dem Besuch der landwirtschaftlichen Schule	nach dem Besuch
Weizen	9,77 Zentner	14 09 Zentner
Roggen	9,— Zentner	12 60 Zentner
Fafer	9,76 Zentner	14,— Zentner
Gerste	9,37 Zentner	13,20 Zentner
Kartoffeln	80,— Zentner	119,— Zentner

Ein ähnlich günstiges Ergebnis wiesen die Ringwirtschaften im Bezirk der ostpreussischen Landwirtschaftskammer auf. Es sind dies Betriebe, die unter sachmännlich geschulter Leitung stehen. Die Ergebnisse sind überraschend und liefern den Beweis, daß es möglich ist, durch intensivere Betriebsweise den Fehlbetrag an Lebensmitteln, der heute vom Ausland im jährlichen Betrag von 4 Milliarden Mark hereingeholt wird, im Inland zu decken. Hier ist der Hebel anzusetzen, um die Not der Landwirtschaft zu beheben.

Ein wichtiges Mittel in der Preisgestaltung für Getreide können wir durch ein Getreidemonopol verlangen. Ein Außenhandelsmonopol, wie es die Sozialdemokratie verlangt, würde die Einfuhr regulieren und die Preisbildung auch für das inländische Getreide in der Hand haben. Die schwankenden Preise innerhalb des Wirtschaftsjahres sind insbesondere für den kleinen Besitzer soweit er überhaupt Getreide verkauft, zum Nachteil. Aus dieser Unsicherheit müssen wir heraus. Das werden wir aber nur durch eine Organisation erreichen, die den Außenhandel in die Hand hat und die Spekulation ausschaltet.

Ein wichtiges Kapitel ist noch die Landarbeiterfrage. Die Abwanderung vom Lande die nicht nur eine Erscheinung neuerer Zeit ist, ist in Ostelbien auf die alten Sünden des Großgrundbesitzes zurückzuführen. Schlechte Behandlung der Arbeiter, niedrige Entlohnung, elende Wohnungen haben den Anlaß gegeben, daß Hunderttausende von Landarbeitern in die Industriegebiete abwanderten. Anspruchslose polnische Arbeiter nahmen ihre Plätze ein. Die Landwirtschaft hat unter dem alten Regime zur Bekämpfung der Arbeiternot kein anderes Mittel gekannt, als durch Zwangsmassnahmen die Arbeiter an die Scholle zu binden. Das ist heute unmöglich. Dann bleibt aber

nur übrig, die Lage der Landarbeiter zu verbessern und ein Lohn, der den großen Unterschied zwischen Landwirtschaft und Industrie ausgleicht. Mit einem Schlage können die alten Mißstände nicht beseitigt werden. Der Weg darf aber nicht rückwärts führen. Wollen wir den ungesunden Zustand beseitigen, daß dort, wo der Großgrundbesitz herrscht, geradezu eine Entvölkerung eintritt, so wird auch die Aufteilung übermäßigen Grundbesitzes in lebensfähige Bauernstellen eine Notwendigkeit werden.

So steht die Arbeiterbewegung den Problemen der Landwirtschaft nicht abweisend gegenüber. Der starke Gegensatz zu dem Reichslandbund und dessen Anhang bleibt nach wie vor bestehen. Denn hinter diesen Kreisen stehen die altpreussischen Junker, die um die volle Wiederherstellung ihrer ehemaligen Herrschaft auf politischem und wirtschaftlichem Gebiete den Kampf führen. Dieser Kampf hat mit der Notlage der Landwirtschaft nichts zu tun, er schädigt nur die wirklichen Interessen derjenigen, die der Hilfe wert und bedürftig sind.

## Einfluß der Gewerkschaftsbewegung auf die Vorbereitung der Sozialgesetzgebung

Der Internationale Gewerkschaftsbund hat bei den angeschlossenen Organisationen eine Erhebung über den Einfluß der Gewerkschaftsbewegung bei der Vorbereitung von Gesetzen auf dem Gebiete der Arbeit vorgenommen. Den in der Märznummer der Zeitschrift des Internationalen Gewerkschaftsbundes: „Die Internationale Gewerkschaftsbewegung“, veröffentlichten Ausführungen über die Ergebnisse dieser Untersuchung entnehmen wir daß es in den nachfolgenden Ländern besondere Institutionen für die Vorbereitung der Sozialgesetzgebung unter Mitarbeit der Arbeitnehmervertreter gibt: Belgien (Oberster Arbeitsrat), Deutschland (Reichswirtschaftsrat), Frankreich (Nationaler Wirtschaftsrat und Oberster Arbeitsrat), Holland (Hoher Arbeitsrat), Schweden (Königliches Sozialamt), Schweiz (verschiedene Instanzen), Spanien (Arbeitsrat) und Tschechoslowakei (Nationaler Wirtschaftsrat). Memel, Polen und Rumänien haben ihre Pläne zur Gründung einer besonderen Institution bisher nicht durchgeführt. Jugoslawien und Oesterreich haben das System der Arbeiterkammern. Keine besonderen Institutionen bestehen in Dänemark, Großbritannien, Kanada, Lettland und Ungarn. In Großbritannien und den zwei letztgenannten Ländern werden die Gewerkschaften oft zu Rate gezogen.

Auf die an die Gewerkschaftszentralen gerichtete Frage über den Nutzen und die Leistungen obengenannter Körperschaften antwortete der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, daß durch den Reichswirtschaftsrat erstmalig die Möglichkeit gegeben worden ist, an den Entscheidungen über die großen wirtschaftlichen Fragen der Nachkriegszeit nach rein sachlichen Gesichtspunkten mitzuwirken. Arbeiter und Regierung haben die Tätigkeit der Arbeitnehmervertreter in sozial- und wirtschaftspolitischen Fragen kennen- und schätzen gelernt. Die Arbeitnehmervertreter wiederum bekommen täglich Gelegenheit ihre Sachkunde zu erweitern; die Gewerkschaften stellen erforderlichenfalls Sachverständige. Der gewerkschaftliche Kampf um wirtschaftliche Gleichberechtigung der Arbeiter kann mit um so größerem Erfolg, als es sonst möglich wäre, geführt werden. Durch die gleichberechtigte Mitwirkung der Arbeitnehmervertreter im Reichswirtschaftsrat ist bereits ein Stück Wirtschaftsdemokratie verwirklicht. Der Reichswirtschaftsrat hat nach der Reichsverfassung zur Voraussetzung, daß diese gleichberechtigte Mitwirkung in den Fragen der Wirtschaft auch in den noch zu schaffenden Bezirkswirtschaftsräten zur Ausführung gelangt. — Die Gewerkschaften allein haben das Vertretungsrecht für die Arbeitnehmer und teilen sich in die Zahl der Mandate nach der Größe der Mitgliedsziffern, so daß die freigewerkschaftliche Richtung sieben Zehntel, die christliche vier Zehntel und die Hirsch-Duncker'sche ein Zehntel der Sitze inne hat.

Der Holländische Gewerkschaftsbund bemerkt, daß das Urteil über den Hohen Arbeitsrat im allgemeinen nicht sehr günstig lautet und der Einfluß des Arbeitsrats viel zu gering sei. Der Gewerkschaftsbund der Tschechoslowakei teilt mit, daß die Meinungen über die Bedeutung dieser Einrichtung auseinandergehen, doch im allgemeinen der Ernst der Arbeit anerkannt werde. Natürlich sucht jede Gruppe im Innern dieses Organismus ihre eigene Meinung zur Geltung zu bringen, zumal sich die parlamentarischen Beratungen immer mehr und mehr auf die Arbeiten des Rates basieren. Die Einführung der Proporzvertretung für den Rat ist auf die Initiative der gewerkschaftlichen Landeszentrale zurückzuführen.



# Verbandsleben



## Die berufliche Gliederung der Verbandsmitglieder

Wie verteilen sich die 71 379 Mitglieder, die der Deutsche Tabakarbeiter-Verband am Ende des Jahres 1927 zählte, auf die einzelnen Zweige der Tabakindustrie? Das ist eine Frage, der sicher alle Angehörigen unserer Organisation Interesse entgegenbringen. Leider konnte ihre Beantwortung im „Tabak-Arbeiter“ Nr. 8, wo über die Mitgliederbewegung berichtet wurde, nicht erfolgen, weil die dazu erforderlichen Feststellungen damals noch nicht gemacht waren. Nunmehr sind wir in der Lage, auch über die berufliche Zugehörigkeit der Verbandsmitglieder Aufschluss zu geben. Um Vergleichsmöglichkeiten zu schaffen, fügen wir den Zahlen vom Ende des Jahres 1926 (in Klammern) gleich hinzu. Dann sieht das Bild folgendermaßen aus:

Industriezweig	Mitglieder		zusammen
	männlich	weiblich	
Zigarre	13 178 (10 920)	37 182 (27 692)	50 360 (38 612)
Zigarette	1 664 (1 499)	14 676 (14 263)	16 340 (15 762)
Rautabak	968 (920)	1 266 (1 328)	2 234 (2 248)
Rauch- und Schnupstabak	701 (689)	1 480 (1 390)	2 181 (2 079)
Bergärung	70 (84)	151 (156)	221 (249)
Sonstige Berufe	31 (8)	12 (9)	43 (17)
Insgesamt	16 612 (14 120)	54 767 (44 838)	71 379 (58 958)

Diese Gegenüberstellung zeigt, daß der im Jahre 1927 eingetretene Mitgliederzuwachs fast ausschließlich der Zigarettenindustrie zu verdanken ist. Aber auch in der Zigarettenindustrie und in der Rauch- und Schnupstabakindustrie sind Mitglieder gewonnen worden. Dagegen müssen in der Rautabakindustrie und in der Tabakvergärung Abgänge gebucht werden. Es würde jedoch zu falschen Schlüssen führen, wenn wir uns mit dieser einfachen Feststellung begnügen wollten. Wer zu einer richtigen Beurteilung der Stärke des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes in den einzelnen Zweigen der Tabakindustrie kommen will, muß die Zahl der Organisierten mit der Zahl der Organisationsfähigen vergleichen. Dann stellt sich heraus, daß das beste Organisationsverhältnis in der Rautabak- und in der Zigarettenindustrie zu verzeichnen ist, während das Organisationsverhältnis in der Rauch- und Schnupstabakindustrie noch mancherlei zu wünschen übrig läßt. Das muß die Kolleginnen und Kollegen in der Rauch- und Schnupstabakindustrie veranlassen, mehr als bisher für die Stärkung des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes zu sorgen. Was sich im letzten Herbst in der Zigarettenindustrie zugetragen hat, kann sich über kurz oder lang in der Rauch- und Schnupstabakindustrie wiederholen. Wehe dann den Kolleginnen und Kollegen, die zu spät die Notwendigkeit der Organisation erkennen; sie müssen ihre Unterlassungsünden schwer büßen, ganz abgesehen davon, daß sie durch ihre Organisationsarbeit den Aufstieg der Arbeiterschaft in der Rauch- und Schnupstabakindustrie ungemein erschweren.

Damit soll natürlich nicht gesagt sein, daß nun die Mitglieder in den anderen Zweigen der Tabakindustrie die Hände in den Schoß zu legen hätten. Auch dort gibt es immer noch unorganisierte genug, die für den Deutschen Tabakarbeiter-Verband gewonnen werden können. Jede Zahlstellenverwaltung muß erkennen wo und wann in ihrem Bereich mit der Werbearbeit eingesezt werden muß. Es ist wirklich nicht notwendig, damit solange zu warten bis von der Verbands- oder Gauleitung eine Agitationswoche ausgeschrieben worden ist. Konkrete Arbeit selbst aus muß jede Zahlstellenverwaltung mit der erforderlichen Vorbereitung beginnen.

### Berichtigung

Das Fehlen einiger Worte in dem Artikel zur Aussprache über eine Unterstüzung alter und invalider Verbandsmitglieder in Nr. 11 des „Tabak-Arbeiter“ kann zu Mißverständnissen führen. Richtig beginnt der letzte Satz des zweiten Absatzes mit den Worten: Die Invalidenunterstützung kann bezogen werden, wenn der Beitritt erfolgt ist vor dem 25. Lebensjahr, nach einer Leistung von 520 Beiträgen usw.

## Konferenz- und Versammlungsberichte

### Konferenz der Zahlstellen des Gau Gießen

Am 11. März tagte im Gewerkschaftshaus in Hanau eine gut besuchte Gaukonferenz des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Gau Gießen. Ins Bureau wurden gewählt: Kollege Rilian Schwab als Vorsitzender, Kollege Emil Vogel als Stellvertreter und Kollege Conrad Eggert als Schriftführer. Zum 1. Punkt der Tagesordnung, Bericht über das Jahr 1927, schilderte Gauleiter Kollege Kiel einleitend noch einmal die Kämpfe um bessere Löhne im Frühjahr 1927. Schon damals zeigten die Fabrikanten nicht das geringste Entgegenkommen. Die Erregung der Tabakarbeiter war eine sehr große, und nur widerwillig fügten sie sich dem zweiten Schiedsspruch. Für denjenigen, welcher die Dinge beobachtete, war es nicht schwer, zu erkennen, daß die Zwangslage, in der sich die Tabakarbeiter befanden, zu Konflikten führen mußte. In Leipzig kam es dann zur Explosion. Diese Gelegenheit glaubte der R. d. Z. zu benutzen, um die Organisation der Arbeiter zu zerschlagen, zum mindesten ganz erheblich zu schwächen. Mit welchem Erfolg dieses Abenteuer der Zigarettenfabrikanten endete, ist bekannt. Die Generalausperrung hat den Deutschen Tabakarbeiter-Verband mächtig erstarren lassen. Er hat, und das erfüllt uns alle mit besonderem Stolz, den Kampf vollständig aus eigenen Mitteln führen können. Die bereitwillig zugesagte Bundeshilfe des ADGB, brauchte nicht in Anspruch genommen zu werden. Kollege Kiel wandte sich dann den wichtigsten Ereignissen im Gau Gießen zu. An einigen Beispielen zeigte er, wie notwendig es für die Kollegenschaft ist, den Verband im Rücken zu haben. In einem Falle war es möglich, den Kollegen 5000 M. Lohngehälter sicherzustellen. Ferner teilte er mit, daß im Rahlgrund, wo sonst der „christliche Verband“ dominierend war, die übergroße Mehrheit der Tabakarbeiter in unseren Reihen marschiert. Im Jahre 1927 wurden in der Zigarettenindustrie die Löhne in Wiesbaden und Frankfurt a. M. um 8 Proz. erhöht, in der Rauch-, Rau- und Schnupstabak-Industrie um 9,6 Proz. Die Zahl der Mitglieder steigerte sich im Unterraingebiet um 1246. Im Bezirk Gießen, wo die Organisation nicht so gut ist, konnten jedoch rund 1000 neue Mitglieder dem Verbandszugeführt werden. Die Generalausperrung hat dem Gau 43 711 M. gekostet. Zusammenfassend erklärte Redner, daß zwar 1927 ein hartes Kampfsjahr für die Tabakarbeiterschaft gewesen sei, daß aber der Verband sich in erfreulicher Aufwärtsentwicklung befinde, wofür er allen, die sich in den Dienst der Sache gestellt haben, seine Anerkennung und seinen Dank ausspreche. Zum Schluß gab Redner der Hoffnung Ausdruck, daß auch in diesem Jahre die Kolleginnen und Kollegen in ihrer Mitarbeit nicht erlahmen, damit wir im nächsten Jahre von neuen Erfolgen und noch größerem Erstarren der Organisation berichten können. Die Ausführungen des Kollegen Kiel, welche mit lebhaftem Beifall aufgenommen wurden, riefen eine sehr anregende Diskussion hervor, welche ihren Abschluß mit der einstimmigen Annahme nachstehender Resolution fand:

„Die am 11. März 1928 in Hanau tagende Konferenz des Gau Gießen erklärt sich mit den Ausführungen des Kollegen Kiel zum Jahresrückblick 1927 einverstanden und geht einig in dem Bestreben alles daranzusetzen, die nun im Anschluß an die Ausperrung im November begonnene Aufwärtsbewegung in der Entwicklung der Organisation weiterzutreiben. Ganz besonders spricht sie den Verbandsfunktionären, Vorstand, Gauleiter und Beiratsmitgliedern, für ihre Tätigkeit in puncto Abschluß des am 1. März 1928 in Kraft getretenen Reichstarifvertrages das volle Vertrauen aus und erwartet, daß auch in Zukunft unsere Funktionäre sich von der gleichen Einmütigkeit leiten lassen und alles daransetzen, um für die gesamte Tabakarbeiterschaft menschenwürdige Lohn- und Arbeitsbedingungen zu schaffen.“

In der Nachmittags Sitzung hielt Kollege Benzel vom Hauptvorstand in Bremen einen instruktiven Vortrag über die bevorstehenden Betriebsräte wahlen und das Betriebsrätegesetz unter besonderer Berücksichtigung der Interessen der Tabakarbeiterschaft. Nachdem er das Entstehen des BRG geschildert hatte, bedauerte er sehr, daß es immer noch Tabakarbeiter gibt, welche nicht wissen, wie außerordentlich wichtig für sie dieses Gesetz trotz seiner Mängel ist. Jede Zahlstelle und jeder größere Betrieb mußte im Besitze eines Betriebsrätegesetzes mit ausführlichem Kommentar sein. Redner teilte dann mit, daß die neue Ausgabe von Flatau, mit den neuesten Bestimmungen ausführlich kommentiert, für nur 6 M. beim Vorstand in Bremen zu haben ist, und empfahl, von diesem vorteilhaften Angebot recht regen Gebrauch zu machen. An praktischen Beispielen zeigte Kollege Benzel dann, wie sich ein Betriebsrat in dieser oder jener Frage verhalten muß, wenn er seine ihm durch das Gesetz auferlegten Pflichten richtig erfüllen will. Mit dem Wunsche, daß sich niemand unserer Kolleginnen und Kollegen, wenn die Aufforderung an sie ergäbe sollte, das Amt eines Betriebsrates zu übernehmen, aller Schwierigkeiten zum Trotz, weigern würde, und daß wir nach den Wahlen feststellen könnten, daß es in der Tabakindustrie keinen Betrieb mehr gebe, wo kein Betriebsrat

existiert, schloß Redner seinen mit Beifall aufgenommenen Vortrag. In der Diskussion wurden einige Anfragen an den Referenten gestellt und von ihm beantwortet. Zum Schluß wies der Kollege Schwab noch darauf hin, daß von Unternehmerseite der Versuch gemacht würde, den Tarif zu umgehen und gab Anweisungen, wie sich die Kollegschaft sich in solchen Fällen zu verhalten hat. Mit einem Appell an die Delegierten zu eifriger Mitarbeit beim Ausbau des Verbandes schloß er die von vorzüglicher Kampfstimmung getragene Konferenz.

**Klein-Krohenburg.** Am 9. März fand im Gasthaus „Zum Anker“ eine gut besuchte Mitgliederversammlung statt, in der Kollege Otto Wenzel (Mitglied des Hauptvorstandes) ein Referat über „Die Bedeutung der Gewerkschaften und deren kulturellen und wirtschaftlichen Aufgaben sowie die Lehre aus der letzten Generalaussperrung“ hielt. Redner schilderte in längeren Ausführungen die Entstehung der gewerkschaftlichen Bewegung und betonte, daß besonders die Tabakarbeiter die Pioniere der Gewerkschaftsbewegung waren. Er hob hervor, daß die sozialen Einrichtungen in der Hauptsache auf die Tätigkeit der Gewerkschaften zurückzuführen sind. Die Gewerkschaften erstreben neben der geistigen auch die materielle Besserstellung ihrer Mitglieder. Eine materiell gutgestellte Arbeiterschaft ist konsumkräftig und trägt wesentlich zur Belebung der allgemeinen Wirtschaftslage bei. Zum Schluß wurden noch die Erfolge der letzten Generalaussperrung erwähnt. Ohne Verband hätten wir diese Erfolge nicht zu verzeichnen. Je stärker die Organisationen, desto mehr Einfluß gewinnen sie auf allen Gebieten. Den noch Fernstehenden rufen wir zu, sich restlos dem Deutschen Tabakarbeiter-Verband anzuschließen.

**Blön.** Auch die hiesige Zahlstelle des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes beschäftigte sich in ihrer letzten Versammlung unter anderem mit dem Verhalten der GCG. anlässlich der Zigarrenarbeiter-Aussperrung. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme: „Unsere heutige Mitgliederversammlung verurteilt das Verhalten der GCG. als Mitglied im R d Z. aufs schärfste Selbst auf alle Hinweise und Angriffe in unserem Verbandsorgan hält die GCG. nicht für nötig, zu antworten. Wo soll es hinführen, wenn sie als ein bedeutender Wirtschaftsfaktor der modernen Arbeiterbewegung gegen die Interessen der Arbeiterschaft vorgeht? — Wir verlangen von der GCG. eine Rechtfertigung bzw. eine Antwort in unserem Organ, dem „Tabakarbeiter“.“

## Bekanntmachungen

Am 24. März ist der 12. Wochenbeitrag fällig!  
Statistikarten und Fragebogen

Allen Zahlstellen mit mehreren Berufsgruppen sind in dieser Woche Fragebogen für die Monate März, April, Mai und Juni zugestellt worden. Den übrigen Zahlstellen geht mit dieser Nummer des „Tabakarbeiter“ je eine Statistikarte zu. Statistikarten und Fragebogen müssen richtig und vollständig ausgefüllt bis zum 7. April an den Vorstand des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes in Bremen, An der Weide 20 III, geschickt werden, und zwar auch dann, wenn Arbeitslose, Kurzarbeiter oder Ueberarbeiter nicht vorhanden sind. Als Zähltag ist der 31. März zu nehmen. Zahlstellen, die versehentlich keine Statistikarte oder keinen Fragebogen erhalten haben sollten, müssen die erforderlichen Angaben auf einer gewöhnlichen Postkarte machen.

## Folgende Gelder sind eingegangen:

9. März. Gießen 300.—, Lübbecke 700.—.
10. Brüden 200.—, Herzheim 50.—, Osnabrück 300.—, Ansbach 250.—, Prenzlau 170.—, Kl.-Krohenburg 300.—, Jastrów 100.—, Altenburg 250.—, Heppenheim 100.—, Sontra 223.38, Heidingsfeld 40.—, Herford 400.—, Sonneborn 100.—, Briedel 100.—, Eppingen 65.—, Waldorf 300.—, Südhennern 120.—, Kirchart 300.—.
11. Oberrodendach 70.—, Somborn 40.—.
12. Wühlhaußen 200.—, Bielefeld 100.—, Reilingen 150.—, Bernburg 100.—, Dresden 4000.—, Hamburg 500.—, Sommerfeld 25.—, Tairnbach 100.—.
13. Lobenstein 100.—, Deynhaußen 500.—, Wanfried 400.—, Cleebronn 50.—, Fränk.-Crumbach 106.30.
14. Mannheim 200.—, Bünde 1000.—, Hohenheim 750.—, München 2000.—, Hann.-Münden 1000.—.
15. Würzburg 300.—, Schötmar 40.—, Wintersdorf 150.—, Berlin 2000.—, Baden-Baden 500.—, Rüppur 100.—, Lübbecke 2000.—, Neumarkt 100.—, Kaiserslautern 300.—, Wittweida 50.—, Seiffhennersdorf 50.—, Calbe 100.—.
16. Spenge 250.—.
20. Brotterode 2000.—.

## Als verloren gemeldet:

- Hannover, Mitgliedsbuch SIV 44 924 Friedr. Eilers, geb. 8. 6. 08 in Hannover, eingetreten am 18. 6. 26. (77/9. 28.)  
Bremen, Mitgliedsbuch (?) Frau Bode, geb. 1. 2. 89 in Bremen, eingetreten am 5. 8. 17. (90/14. 28.)  
Tairnbach, Mitgliedsbuch SIV 49 259 Johann Fuchs, geb. 23. 5. 86 in Tairnbach, eingetreten am 1. 4. 19. (92/15. 28.)  
Stuttgart, Mitgliedsbuch SII 65 556 Hermann Schmid, geb. 27. 8. 93 in Besigheim, eingetreten am 20. 10. 14. (96/16. 28.)

Gau Herford. Am Freitag, 6. April, 13.30 Uhr, findet bei Groß-Wortmann in Löhne eine Konferenz der Zigarrenortierer statt. Tagesordnung: 1. Der Aufbau des Sortiertarifs und die Lohn-erhöhung vom 1. März. (Referent: Ferd. Dahms, Bremen). 2. Verschiedenes.  
Die Gauleitung: Schlüter.

**Das Geheimnis des Erfolges besteht nicht nur in Arbeit, sondern auch in Glück**

## Preuß.-Südd. Klassen Lotterie

Gesamtgewinne über 58 Millionen RM.

2 Prämien à 500 000 RM.


Hauptgewinne: 2 × 500 000, 2 × 300 000, 2 × 200 000, 10 × 100 000 RM.

Lospreise pro Klasse:  $\frac{1}{8}$   $\frac{1}{4}$   $\frac{1}{2}$   $\frac{1}{1}$  Doppellos  
RM.: 3.— 6.— 12.— 24.— 48.—

Vorschiessene Bedienung. Versand auch unter Nachn.  
Ziehung 1. Klasse am 20. und 21. April 1928

Staatliche Lotterie-Einnahme **Richard Fahsel, Delmenhorst**  
Postscheckkonto: Hannover 10615

**Sigurd**  
das Rad für alle

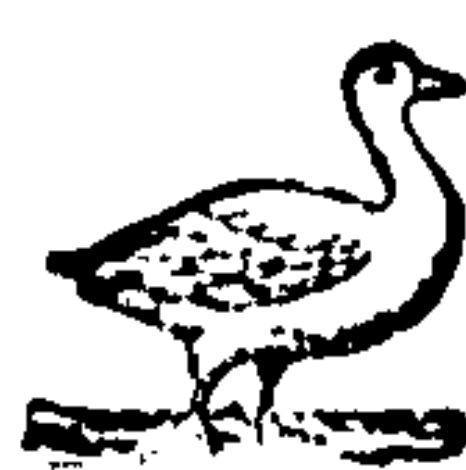


unverwundlich, von schneidigem Bau und spielendem Lauf. 3 Jahre Garantie! Besonders niedrige Preise, weil direkt ab Fabrik.

**Spezialrad schon für M. 38.—**

Fahrradteile, Photos und Sportartikel, Musikwaren, Uhren, Geschenk- u. Haushaltsartikel sehr preiswert in nur bester Qualität. **Hunderttausende zufriedener Kunden!** Verlangen Sie kostenlos und ohne Kaufzwang den **Wahlkatalog der Sigurd Gesellschaft Fahrrad-Fabrik Hassel 476**

bequeme **Teilzahlung**



## Billige böhmische Bettfedern

nur reine, gutfüllende Sorten  
Ein Kilo graue, geschlossene M., halbweiß 4 M., weiße 5 M., bessere 7 M., daunenweich 8 M., 10 M., beste Sorte 12 M., 14 M., weiße ungeschlossene 15 M., 9.50 M., beste Sorte 11 M. Versand portofrei, zollfrei gegen Nachnahme — Muster frei — Umtausch und Rücknahme gestattet.

Benedikt Sachsel, Lobes Nr. 245  
bei Pilsen, Böhmen.

## Wählt Betriebsräte



## Bettfedern

aus erster Hand! Pfd. grau 66 Pl., geschl. 96 Pl., Rupt 1 75, Halbdaune 2 75, 4 00, weiß Flaumrupt 4 00, beste 5 00, Daune 7 00, weiß 8 00 bis 10 00, Schleiß-daune 3 50 bis 5 00, Oberbett 8 Pfd. 12 00, 18 00, Kissen Pfd. 3 50, 5 50 autw. geg. Nachn. Must., Preisliste frei, kein Risiko, Nichtpass. zurück. Staats-Landes-Beime 5%, Nachlaß od. Ratik. **Böhm. Bettfed.-Spezialh. Sachsel & Stadler**  
Berlin C. 178, Landsberger Straße 43